

Die folgenden Änderungen bzw. Ergänzungen der planungsrechtlichen Festsetzungen beziehen sich ausschließlich auf den Bereich der 1. Änderung des Bebauungsplans „Biefang III“. Alle nicht von der Änderung erfassten planungsrechtlichen Festsetzungen gelten unverändert auch für den Änderungsbereich.

Ergänzend zu dem zeichnerischen Teil (Deckblatt) gelten folgende planungsrechtliche Festsetzungen:

## **I. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN (BAUPLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN)**

### **Rechtsgrundlagen**

- Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26.04.2022 (BGBl. I S. 674)
- Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786); zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1802)
- Planzeichenverordnung (PlanZV 90) vom 18.12.1990 (BGBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1802)
- Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) vom 05.03.2010 (GBl. S. 357, 358, ber. S. 416), zuletzt geändert durch Artikel 27 der Verordnung vom 21.12.2021 (GBl. 2022 S. 1, 4)
- § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in der Fassung vom 24.07.2000 (GBl. S. 581, ber. S. 698), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 02.12.2020 (GBl. S. 1095, 1098)

Die Ziffer 7 „Höhenlage der baulichen Anlagen“ der bauplanungsrechtlichen Festsetzungen wird für den Deckblattbereich gestrichen und durch folgende Festsetzungen ersetzt:

### **7. Höhe baulicher Anlagen (§ 9 (3) BauGB, §§ 16-21a BauNVO)**

- 7.1** Die Sockelhöhe (Oberkante EG-Fußboden) darf max. 1,00 m betragen. Bezugspunkt für die Sockelhöhe ist die jeweilige Bordsteinkante der bestehenden Erschließungsstraße in der Gebäudemitte.
- 7.2** Die zulässige Traufhöhe gemessen zwischen Oberkante EG-Fußboden und Schnittpunkt Außenwand – Oberkante Dachhaut beträgt max. 6,75 m.

Die Ziffer 9 „Gebote zur Pflanzung und Pflanznerhaltung“ der bauplanungsrechtlichen Festsetzungen wird für den Deckblattbereich gestrichen und durch folgende Festsetzungen ersetzt:

### **9. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 (1) Nr. 20 BauGB)**

- 9.1** Wege-, Hof- und Stellplatzflächen sind in einer wasserdurchlässigen Oberflächenbefestigung (z. B. Pflaster mit Rasenfugen bzw. anderen wasserdurchlässigen Fugen, Schotterrasen, wassergebundene Decke) auszuführen und nach Möglichkeit durch

## BEBAUUNGSVORSCHRIFTEN

Seite 2 von 10

eine entsprechende Neigung an die angrenzenden Grünflächen anzuschließen. Dies gilt für befestigte Flächen, sofern keine Fahrzeuge gereinigt/gewartet werden und kein Lagern von oder Umgang mit wassergefährdenden Stoffen erfolgt.

- 9.2** Kupfer-, zink- oder bleigedeckte Materialien sind im Plangebiet nur zulässig, wenn sie beschichtet oder in ähnlicher Weise behandelt sind. Eine Kontamination des Bodens oder des Gewässers, in das anfallendes Oberflächenwasser eingeleitet wird, ist dauerhaft auszuschließen.
- 9.3** Flache und flach geneigte Dächer (0° bis 10° Dachneigung) von hochbaulich in Erscheinung tretenden Nebenanlagen, Garagen und Carports sind zu begrünen, sofern die Dachflächen nicht als Terrassen oder Wegeflächen genutzt werden. Eine durchwurzelbare Gesamtschichtdicke von mindestens 10 cm ist vorzusehen. Eine Kombination mit Anlagen zur Energieerzeugung oder -einsparung ist zulässig.
- 9.4** Einfriedungen müssen zum Boden einen Abstand von mindestens 20 cm einhalten oder bodennah durchlässig für Kleintiere sein.

Für den Deckblattbereich werden die planungsrechtlichen Festsetzungen um Ziffer 10 und Ziffer 11 ergänzt:

**10. Anpflanzung und Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 (1) Nr. 25a und b BauGB)**

- 10.1** Auf dem Flurstück Nr. 7924 ist ein großkroniger Baum gemäß der Pflanzliste im Anhang zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Der in der Planzeichnung angegebene Standort kann um bis zu 10,00 m verschoben werden, sofern es die örtliche Situation und die Grundstücksorganisation erfordert. Die Anpflanzung ist spätestens ein Jahr nach Baufertigstellung durchzuführen. Der Baum ist dauerhaft zu pflegen und zu schützen und bei Abgang oder Fällung zu ersetzen.
- 10.2** Der im Bebauungsplan mit einer Pflanzbindung gekennzeichnete Baum ist zu erhalten und dauerhaft zu pflegen. Bei Abgang ist er gleichartig zu ersetzen.
- 10.3** Entlang des Hohlebachs sind innerhalb der Fläche mit einer Bindung für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern die bestehenden Gehölze als artenreicher, junger, stabiler und struktureicher Gehölzsaum durchgängig zu erhalten und zu pflegen.

**11. Private Grünfläche (§ 9 (1) Nr. 15 BauGB)**

Entlang des Hohlebachs wird gemessen von der Böschungsoberkante eine 5,00 m breite Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Gewässerrandstreifen“ festgesetzt. Zusätzlich zu den gesetzlichen Anforderungen eines Gewässerrandstreifens (siehe Ziffer III. a.) gilt, dass der Gewässerrandstreifen eine naturnahe Vegetation aufweisen muss und nicht als Rasenfläche, Gemüse- oder Blumenbeet o. Ä., gepflasterte oder kiesige Sitzfläche, Spielplatzfläche (Schaukeln, Sandkasten etc.) gestaltet bzw. genutzt werden kann.

Die Ziffer II. „Bauordnungsrechtliche Festsetzungen“ des Bebauungsplans „Biefang III“ vom 22.04.1999 findet auf den Bereich der 1. Änderung des Bebauungsplans „Biefang III“ keine Anwendung. Für den Änderungsbereich werden stattdessen, ergänzend zum zeichnerischen Teil (Deckblatt), folgende örtliche Bauvorschriften neu erlassen:

## **II. ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN**

### **Rechtsgrundlagen**

- Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) vom 05.03.2010 (GBl. S. 357, 358, ber. S. 416), zuletzt geändert durch Artikel 27 der Verordnung vom 21.12.2021 (GBl. 2022 S. 1, 4)
- § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in der Fassung vom 24.07.2000 (GBl. S. 581, ber. S. 698), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 02.12.2020 (GBl. S. 1095, 1098)

### **1. Dächer (§ 74 (1) Nr. 1 LBO)**

- 1.1** Für die Dächer der Hauptbaukörper sind Satteldächer mit einer Dachneigung von 25° bis 38° zulässig.
- 1.2** Garagen, Carports und sonstige Nebengebäude sind entweder in das Hauptgebäude einzubeziehen oder mit einem der Dachneigung des Hauptgebäudes entsprechenden Dach zu versehen. Unabhängig von der Dachneigung des Hauptgebäudes sind für Nebengebäude auch Dachneigungen von 0° bis 10° zulässig, sofern die Dächer entweder als Terrassen genutzt oder mit einer vegetativen Dachbegrünung (Mindestsubstrathöhe 10 cm, extensive Pflege) versehen werden (siehe Ziffer 9.3).
- 1.3** Dachaufbauten oder Dacheinschnitte sind ab einer Dachneigung von 30° zulässig. Die Breite der Dachaufbauten oder Dacheinschnitte darf insgesamt 50% der Länge der jeweils zugehörigen Gebäudeseite nicht überschreiten. Dachaufbauten müssen von der Giebelwand einen Abstand von mindestens 1,0 m einhalten, gemessen von der Außenkante des Dachaufbaus ohne Dachüberstand. Der Dachansatz von Dachaufbauten muss, gemessen parallel zur Dachfläche, mindestens 0,80 m unter dem Hauptfirst liegen.
- 1.4** Dachaufbauten, die der Energiegewinnung dienen, sind zulässig. Sie sind reflektionsarm auszubilden.
- 1.5** Dacheindeckungen sind ausschließlich in den Farben rot bis braun oder schwarz bis anthrazit zulässig. Ausgenommen hiervon sind Dachbegrünungen von Nebengebäuden. Glänzende und spiegelnde Materialien (mit Ausnahme von Photovoltaik), Wellfaserzement, offene Bitumenbahnen und Dachpappe sind im gesamten Plangebiet als Dacheindeckung nicht zulässig.

### **2. Gestaltung unbebauter Flächen bebauter Grundstücke (§ 74 (1) Nr. 3 LBO)**

- 2.1** Die unbebauten Flächen bebauter Grundstücke sind gärtnerisch als Vegetationsfläche zu gestalten und dauerhaft zu unterhalten.

#### **Hinweis:**

Flächenabdeckungen mit Schotter/ Kies zur Gestaltung der Gartenflächen (z. B. Schottergärten) sind gemäß § 9 Abs. 1 LBO und § 21a S. 2 LNatSchG nicht zulässig.

**BEBAUUNGSVORSCHRIFTEN**

Seite 4 von 10

- 2.2** Nebenflächen wie Mülltonnenplätze, Abfallplätze und Lagerplätze sind dauerhaft gegenüber dem Straßenraum und anderen öffentlichen Räumen abzuschirmen und gegen direkte Sonneneinstrahlung zu schützen. Die Anlagen zur Abschirmung sind – sofern es sich bei diesen nicht bereits um Gehölze (Hecken) handelt – zu begrünen (Kletterpflanzen oder Spalierbäume).

---

**3. Einfriedungen und Mauern (§ 74 (1) Nr. 3 LBO)**

- 3.1** Die Höhe der Einfriedungen darf betragen:
- zu den öffentlichen Verkehrsflächen bis zu 0,80 m über Straße oder Gehweg;
  - zu den seitlichen Grundstücken max. 1,50 m.
- 3.2** Sockelmauern sind bis zu 0,50 m Höhe zulässig.
- 3.3** Einfriedungen sind aus folgenden Materialien zulässig:
- Naturhecken, Maschendraht mit Metallkonstruktion, Holzlatten.
  - Kein Stacheldraht oder Metallstäbe mit spitzen Enden.
  - Maschendrahtzäune sind mit Pflanzen zu begrünen.
- 3.4** Einfriedungen müssen zu den öffentlichen Verkehrsflächen einen Abstand von 0,50 m aufweisen.

**4. Aufschüttungen und Abgrabungen (§ 74 (3) Nr. 1 LBO)**

Die Geländeverhältnisse sind möglichst im vorhandenen Zustand zu belassen. Aufschüttungen und Abgrabungen sind so gering wie möglich zu halten. Die Höhen sind den Straßen und Gehwegen anzugleichen. Etwaige Geländeänderungen sind im Bauantrag darzustellen.

Folgende nachrichtliche Übernahmen und Hinweise werden für den Bereich der 1. Änderung des Bebauungsplans „Biefang III“ ergänzt:

### **III. NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN UND HINWEISE**

#### **a. Gewässerrandstreifen**

Entlang des Hohlebachs wird ab Uferoberkante ein Gewässerrandstreifen von 5,00 m Breite festgesetzt. Weder in der Uferböschung noch im Hohlebach dürfen Veränderungen vorgenommen werden. Auf den als Gewässerrandstreifen festgesetzten Flächen gelten folgende gesetzliche Vorgaben:

- Gemäß § 29 Abs. 2 WG sind Bäume und Sträucher zu erhalten.
- Gemäß § 29 Abs. 3 WG ist es verboten, bauliche oder sonstige Anlagen zu errichten. Dazu zählen auch: Ufererhöhungen durch Anschüttungen von Erdmaterial oder Mutterboden, Treppen zum Gewässer, Hütten, Gewächshäuser, Zäune, Uferverbauungen, Randeinfassungen (Stellkanten, Mäuerchen, Bodenwellen etc.), Aufstauungen im Gewässer u. Ä.
- Gemäß § 38 Abs. 4 WHG sind verboten: das Entfernen standortgerechter Bäume und Sträucher; die Neuanpflanzung nicht standortgerechter Bäume und Sträucher; der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen; die nicht nur zeitweise Ablagerung von Gegenständen, die den Wasserabfluss behindern oder fortgeschwemmt werden können (z. B. Kompost, Holzlager, Bauschutt, Abfall, Pflanzenschutz- und Düngemittel).

#### **b. Hochwasser / Regenwasser**

Die Abgrenzungen der Überflutungsflächen für  $HQ_{100}$  und  $HQ_{\text{extrem}}$  sind dem Deckblatt zu entnehmen. Die  $HQ_{100}$ -Überflutungsflächen liegen vollständig innerhalb der festgesetzten Grünfläche. Außerdem werden Teilflächen des Plangebiets entlang des Gewässers auf Grundlage der Hochwassergefahrenkarten bei extremen Hochwasserereignissen ( $HQ_{\text{extrem}}$ ) überflutet. Die  $HQ_{\text{extrem}}$ -Überflutungsflächen gelten nach § 78b (1) WHG als Risikogebiete außerhalb von Überschwemmungsgebieten. Die Gefährdung ergibt sich bei selteneren Hochwasserereignissen als dem  $HQ_{100}$  durch Versagen oder Überströmen der vorhandenen Schutzeinrichtungen bzw. durch Verklausungsszenarien an den Engstellen wie etwa Brücken oder Durchlässen.

Gemäß § 5 (2) WHG ist jede Person, die durch Hochwasser betroffen sein kann, im Rahmen des ihr Möglichen und Zumutbaren verpflichtet, geeignete Vorsorgemaßnahmen zum Schutz vor nachteiligen Hochwasserfolgen und zur Schadensminderung zu treffen, insbesondere die Nutzung von Grundstücken den möglichen nachteiligen Folgen für Mensch, Umwelt oder Sachwerte durch Hochwasser anzupassen.

Umfangreiche Informationen zu einer hochwassergerechten Bauweise sind auf der Seite des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg (Hochwasser Risikomanagement Baden-Württemberg) unter folgendem Link aufrufbar: <https://www.hochwasser.baden-wuerttemberg.de/bauvorsorge> (abgerufen am 04.05.2022).

#### **c. Unterkellerungen und Dränagen**

Keller sind mittels geeigneter Maßnahmen (weiße Wanne, Anbringen von Dichtungen) gegen sich im verfüllten Arbeitsraum sammelndes und aufstauendes



Regenwasser und ggf. Schichtwasser zu schützen. Die Verlegung von Dränagen um das Bauwerk und deren Anschluss an die öffentlichen Misch-, Schmutz- oder Regenwasserkanäle ist nicht zulässig. Ausnahmen hiervon bedürfen der Zustimmung des Betreibers der öffentlichen Kanalisation und des Landratsamtes Lörrach, Fachbereich Umwelt.

**d. Sichtfelder an Grundstückszufahrten**

Der private Grundstückseigentümer hat dafür Sorge zu tragen, dass im Bereich von Grundstückseinfahrten eine ausreichend Ein- und Ausfahrtssicht gewährleistet wird. Beeinträchtigungen beispielsweise durch Bepflanzungen über 0,80 m sind auszuschließen.

**e. Denkmalschutz/Bodenfunde**

Sollten bei der Durchführung vorgesehener Erdarbeiten archäologische Funde oder Befunde entdeckt werden, ist dies gemäß § 20 DSchG umgehend einer Denkmalschutzbehörde oder der Gemeinde anzuzeigen. Archäologische Funde (Steinwerkzeuge, Metallteile, Keramikreste, Knochen, etc.) oder Befunde (Gräber, Mauerreste, Brandschichten, auffällige Erdverfärbungen, etc.) sind bis zum Ablauf des vierten Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmalschutzbehörde mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist. Auf die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten (§ 27 DSchG) wird hingewiesen. Bei der Sicherung und Dokumentation archäologischer Substanz ist zumindest mit kurzfristigen Leerzeiten im Bauablauf zu rechnen. Ausführende Baufirmen sollten schriftlich in Kenntnis gesetzt werden.

**f. Geotechnik**

Das Plangebiet befindet sich auf Grundlage der am Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau vorhandenen Geodaten im Verbreitungsbereich von quartären Ablagerungen aus Auenlehm.

Mit einem kleinräumig deutlich unterschiedlichen Setzungsverhalten des Untergrundes ist zu rechnen. Ggf. vorhandene organische Anteile können zu zusätzlichen bautechnischen Erschwernissen führen. Der Grundwasserflurabstand kann bauwerksrelevant sein.

Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizonts, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.

**g. Bodenschutz**

Allgemeine Bestimmungen

- Bei Baumaßnahmen ist darauf zu achten, dass nur so viel Mutterboden abgeschoben wird, wie für die Erschließung des Baufeldes unbedingt notwendig ist. Unnötiges Befahren oder Zerstören von Mutterboden auf verbleibenden Freiflächen ist nicht zulässig.
- Bodenarbeiten sollten grundsätzlich nur bei schwach feuchtem Boden (dunkelt beim Befeuchten nach) und bei niederschlagsfreier Witterung erfolgen.
- Ein erforderlicher Bodenabtrag ist schonend und unter sorgfältiger Trennung von

## **BEBAUUNGSVORSCHRIFTEN**

Seite 7 von 10

Mutterboden und Unterboden durchzuführen.

- Bei Geländeaufschüttungen innerhalb des Baugebiets, z. B. zum Zwecke des Massenausgleichs, der Geländemodellierung usw. darf der Mutterboden des Urgeländes nicht überschüttet werden, sondern ist zuvor abzuschieben. Für die Auffüllung ist ausschließlich Aushubmaterial (Unterboden) zu verwenden.
- Die Bodenversiegelung durch Nebenanlagen ist auf das unabdingbare Maß zu beschränken, wo möglich, sind Oberflächenbefestigungen durchlässig zu gestalten.
- Anfallender Bauschutt ist ordnungsgemäß zu entsorgen; er darf nicht als An- bzw. Auffüllmaterial für Mulden, Baugruben, Arbeitsgraben usw. benutzt werden.
- Bodenbelastungen, bei denen Gefahren für die Gesundheit von Menschen oder erhebliche Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes nicht ausgeschlossen werden können, sind der Unteren Bodenschutzbehörde zu melden.

### Bestimmungen zur Verwendung und Behandlung von Mutterboden

- Ein Überschuss an Mutterboden soll nicht zur Krumenerhöhung auf nicht in Anspruch genommenen Flächen verwendet werden. Er ist anderweitig zu verwenden (Grünanlagen, Rekultivierung, Bodenverbesserungen) oder wiederverwertbar auf geeigneten (gemeindeeigenen) Flächen in Mieten zwischenzulagern.
- Für die Lagerung bis zur Wiederverwertung ist der Mutterboden maximal 2 m hoch locker aufzuschütten, damit die erforderliche Durchlüftung gewährleistet ist.
- Vor Wiederauftrag des Mutterbodens sind Unterbodenverdichtungen durch Auflockerung bis an wasserdurchlässige Schichten zu beseitigen, damit ein ausreichender Wurzelraum für die geplante Bepflanzung und eine flächige Versickerung von Oberflächenwasser gewährleistet sind.
- Die Auftragshöhe des verwendeten Mutterbodens soll 20 cm bei Grünanlagen und 30 cm bei Grabeland nicht überschreiten.

#### **h. Landwirtschaftliche Emissionen**

Das Bebauungsplangebiet grenzt an landwirtschaftliche Nutzflächen an. Daher kann es auch bei ordnungsgemäßer Bewirtschaftung zu Emissionen wie Gerüche, Stäube oder Geräuschen kommen, diese sind als ortsüblich hinzunehmen.

#### **i. Beleuchtung**

Gemäß § 41a Abs. 1 des Gesetzes zum Schutz der Insektenvielfalt (Änderungsgesetz zum BNatSchG gültig ab dem 01.03.2022) sind neu zu errichtende Beleuchtungen technisch und konstruktiv so anzubringen, mit Leuchtmitteln zu versehen und so zu betreiben, dass Tiere und Pflanzen wild lebender Arten vor nachteiligen Auswirkungen durch Lichtimmissionen geschützt sind. Im konkreten Fall heißt das vor allem:

- Die Leuchten sind staubdicht und so auszubilden, dass eine Lichtwirkung nur auf die zu beleuchtende Fläche erfolgt (streulichtarm). Am Hohlebach ist ein Hineinstrahlen der Beleuchtung in das angrenzende Gehölzbiotop untersagt.
- Oberflächentemperatur unter 60°C

#### **j. Artenschutz**

Um Konflikte mit nachtaktiven Arten (Fledermäuse etc.) während der Bauphase zu vermeiden dürfen keine Nacharbeiten durchgeführt werden.

**BEBAUUNGSVORSCHRIFTEN**

Seite 8 von 10

Zur Vermeidung von Konflikten müssen Bäume und sonstige Gehölze außerhalb der Vegetationszeit (Oktober bis Februar) gefällt werden.

Zur Vermeidung von Vogelkollisionen an Glasflächen, zu denen es aufgrund der Transparenz, der Spiegelung oder der nächtlichen Beleuchtung kommen kann, wird auf die Empfehlungen folgender Broschüre hingewiesen: *H. Schmid, W. Doppler, D. Heynen & M. Rössler (2012): Vogelfreundliches Bauen mit Glas und Licht. 2. überarbeitete Auflage. Schweizerische Vogelwarte Sempach*

Gemeinde Schliengen, den 01. Dez. 2022

  
Dr. Christian Renkert  
Bürgermeister

**fsp.stadtplanung**

  
Fahle Stadtplaner Partnerschaft mbB  
Schwabentorring 12, 79098 Freiburg  
Tel 0761/36875-0, [www.fsp-stadtplanung.de](http://www.fsp-stadtplanung.de)

Planverfasser

Ausfertigungsvermerk

Es wird bestätigt, dass der Inhalt des Planes sowie der zugehörigen planungsrechtlichen Festsetzungen und der örtlichen Bauvorschriften mit den hierzu ergangenen Beschlüssen des Gemeinderates der Gemeinde Schliengen übereinstimmen.

Bekanntmachungsvermerk

Es wird bestätigt, dass der Satzungsbeschluss gem. § 10 (3) BauGB öffentlich bekannt gemacht worden ist. Tag der Bekanntmachung und somit Tag des Inkrafttretens ist der 01. Dez. 2022

Schliengen, den 01. Dez. 2022

  
Dr. Christian Renkert  
Bürgermeister

Schliengen, den 01. Dez. 2022

  
Dr. Christian Renkert  
Bürgermeister



#### IV. ANHANG

##### Pflanzliste

##### Vorschläge für sonstige Baum- und Strauchpflanzungen innerhalb des Plangebietes

Diese Liste geht aufgrund des Klimawandels und der daher nötigen Anpassungen der Stadtgehölze über die bisher üblichen einheimischen Arten hinaus, da eine Begrünung grundsätzlich zur Abmilderung des Klimastresses erforderlich ist und daher mit neuen Baumarten experimentiert werden muss.

##### BÄUME

##### Großkronige Bäume

- *Acer pseudoplatanus* (Bergahorn)
- *Aesculus flava* (Gelbblühende Rosskastanie)
- *Carya ovata* (Schuppenrindenhickory)
- *Carya illinoensis* (Pekannuss)
- *Catalpa bungei* (Grosskroniger Trompetenbaum)
- *Catalpa speciosa* (Prächtiger Trompetenbaum)
- *Celtis australis* (Südländischer Zürgelbaum)
- *Fagus sylvatica* (Rotbuche)
- *Ginkgo biloba* ‚Autumn Gold‘ (Ginkgo, männlich, macht keine Früchte)
- *Gymnocladus dioica* (Geweihbaum)
- *Juglans nigra* (Schwarznuss)
- *Liriodendron tulipifera* (Tulpenbaum)
- *Nyssa sylvatica* (Tupelobaum)
- *Phellodendron amurense* (Amur-Korkbaum)
- *Quercus castaneifolia* (Kastanienblättrige Eiche)
- *Quercus frainetto* (Ungarische Eiche)
- *Quercus pubescens* (Flaumeiche)
- *Quercus petraea* (Traubeneiche)
- *Quercus robur* (Stieleiche)
- *Quercus rubra* (Amerikanische Roteiche)
- *Quercus zerris* (Zerreiche)
- *Sophora japonica* (Japanischer Schnurbaum)
- *Tilia tomentosa* (Silberlinde)
- *Tilia mongolica* (Mongolische Linde)
- *Ulmus minor* (Feldulme)
- *Ulmus pumila* (Sibirische Ulme)
- *Zelkova serrata* ‚Green Vase‘ (Japanische Zelkove)
- *Juglans cinerea* (Butternuss)

Bäume am Hohlebach

- *Alnus glutinosa* (Schwarzerle)
- *Fraxinus excelsior* (Esche)
- *Salix alba* (Silberweide)
- *Quercus robur* (Stieleiche)

**STRÄUCHER am Hohlebach**

- *Cornus sanguinea* (Blutroter Hartriegel)
- *Corylus avellana* (Gemeine Hasel)
- *Crataegus monogyna* (Eingriffeliger Weißdorn)
- *Euonymus europaeus* (Pfaffenhut)
- *Frangulus alnus* (Faulbaum)
- *Hippocrepis emerus* (Strauchkronwicke)
- *Ligustrum vulgare* (Gewöhnlicher Liguster)
- *Prunus spinosa* (Schlehe)
- *Rhamnus cathartica* (Purgier-Kreuzdorn)
- *Rosa corymbifera* (Heckenrose)
- *Rosa tomentosa* (Filz-Rose)
- *Rosa vosagiaca* (Vogesen-Rose)
- *Salix caprea, daphnoides, elegans, fragilis* (Weiden)
- *Sambucus nigra* (Schwarzer Holunder)
- *Virburnum lantana* (Wolliger Schneeball)